

Rechtsextreme Gewalttäter in Brandenburg

Eine Handreichung für die Praxis



**Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung (IFK) e.V. an der
Universität Potsdam**

Erarbeitet im Projekt:

*Analyse der Gewalttatenliste (1998 bis 2013) der Generalstaatsanwaltschaft des Landes
Brandenburg und Schlussfolgerungen für die Rechtsextremismusprävention*

Vorwort

Seit Oktober 2014 wird Deutschland mit der politischen Bewegung „Pegida“ konfrontiert, einer politischen Bewegung, die sich gegen eine vorgebliche Islamisierung der deutschen Gesellschaft und die damit verbundene – aus Sicht von „Pegida“ – inadäquate Einwanderungs- und Asylpolitik der Bundesrepublik Deutschland ausspricht. Bis zu 25.000 Menschen aus ganz Deutschland nahmen zwischenzeitlich an den allwöchentlich stattfindenden Veranstaltungen teil. Gründe hierfür liegen zum einen in einer grundsätzlichen Unzufriedenheit mit der (Parteien-)Politik, zum anderen befürchten zahlreiche Bürger, dass die Zuwanderung asylsuchender Personen zu einer erhöhten Kriminalitätsbelastung führt. Angst vor sozioökonomischer Benachteiligung spielt ebenfalls eine Rolle.

Auch in Brandenburg fanden im Jahr 2014 zahlreiche Demonstrationen gegen die deutsche Flüchtlingspolitik statt. Diese Demonstrationen wurden von der rechten Szene initiiert, so zum Beispiel in Ludwigsfelde, Gransee und Wittstock. Fremdenfeindliche, zum Teil offen gewalttätige Übergriffe auf Personen aus der Gruppe der Asylsuchenden (aber auch anderer Zuwanderergruppen) stellen Brandenburg weiterhin vor die Herausforderung, Rechtsextremismus effektiv zu bekämpfen.

Sollen wirksame Präventions- und Interventionsansätze zur Eindämmung der rechtsextremen Szene und Resozialisierung rechtsextremer Straftäter entwickelt werden, müssen empirisch fundierte Kenntnisse zu folgenden Bereichen vorliegen: (1) zu den individuellen Entwicklungsbedingungen, die einen Einstieg in die rechtsextreme Szene bzw. einen Ausstieg aus dieser begünstigen, (2) zur Wirksamkeit von Sanktionsmaßnahmen bei bereits straffälligen, rechtsextremen (Gewalt-)Tätern und (3) zu Wandlungsprozessen innerhalb der rechtsextremen Szene.

Hierzu liefert das vom Ministerium des Innern und für Kommunales Brandenburg (MIK) geförderte Projekt *„Analyse der Gewalttatenliste (1998 bis 2013) der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg und Schlussfolgerungen für die Rechtsextremismusprävention“* wertvolle Erkenntnisse. Im Rahmen dieses Projekts hat das Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung (IFK) e. V. an der Universität Potsdam die von der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg geführte Gewalttatenliste für den Zeitraum von 1998 bis 2013 ausgewertet: Tatgegebenheiten und Täterkarrieren sowie Resozialisierungsverläufe der rechts motivierten Gewalttäter wurden analysiert und im Hinblick auf mögliche Wandlungsprozesse geprüft. Zudem stand die Wirksamkeit von gerichtlichen Sanktionierungen hinsichtlich der Strafrückfälligkeit der Täter im Fokus.

In der vorliegenden Handreichung werden die wesentlichen Projektergebnisse zusammengefasst und – insbesondere in Bezug auf den Resozialisierungsprozess der Gewalttäter – Empfehlungen für die Entwicklung von Präventions- und Interventionsmaßnahmen abgeleitet. Die Handreichung soll dazu dienen, verantwortliche Akteure für die Thematik zu sensibilisieren und sie in ihrer Arbeit mit rechts motivierten Gewalttätern beratend zu unterstützen.

Inhalt

1	Verbreitung rechts motivierter Gewaltdelikte in Brandenburg	3
2	Risikofaktoren im Entwicklungsverlauf rechts motivierter Gewalttäter ..	4
3	Beschreibung rechtsextremistischer Gewalttaten: Tatmerkmale im Wandel	6
4	Beschreibung rechtsextremistischer Gewalttäter: Tätermerkmale und Täterkarrieren	8
5	Handlungsempfehlungen für die Präventions- und Interventionsarbeit mit rechts motivierten Gewalttätern.....	10
	Literatur	12

1 Verbreitung rechts motivierter Gewaltdelikte in Brandenburg

Seit dem rasanten Aufschwung des Rechtsextremismus Anfang der neunziger Jahre, welcher sich vor allem in den Wahlerfolgen und dem starken Zuwachs an Mitgliedern rechtsextremer Parteien sowie den ansteigenden fremdenfeindlichen Gewaltübergriffen und Anschlägen manifestierte, hat sich das rechtsextremistische Personenpotenzial in Deutschland zwischen 1998 und 2013 mehr als halbiert (von 53.600 auf 21.700 Personen)^{[1][2]}. Die deutliche Abnahme des Personenpotenzials führte allerdings nicht zu einer sinkenden Zahl entsprechender Straftaten: So stiegen die politisch motivierten Straftaten bundesweit seit 2001 von 26.520 auf 31.645 Fälle im Jahr 2013 an. Von den insgesamt 31.645 registrierten Straftaten stellten diejenigen im Phänomenbereich der „Politisch motivierten Kriminalität – rechts“ (PMK – rechts) anteilig mehr als die Hälfte aller Straftaten dar (17.042).

In Bezug auf die Entwicklungen extremistischer Aktivitäten und Straftaten im Land Brandenburg kann für das Jahr 2014 ein ähnliches Bild gezeichnet werden: Mit 1.281 von insgesamt 1.903 Fällen bildeten die politisch rechts motivierten Delikte den Schwerpunkt im Gesamtgeschehen. Trotz eines Rückgangs der rechtsextrem motivierten Straftaten um circa sieben Prozent gegenüber dem Vorjahr, nahm die Zahl der entsprechenden Gewaltdelikte zu. Wurden 2013 insgesamt 45 Gewaltdelikte erfasst, waren es im darauffolgenden Jahr 73 solcher Delikte, darunter 46 fremdenfeindliche Übergriffe. Im Jahr 2013 waren es nur 26 Delikte mit einem fremdenfeindlichen Hintergrund. Somit bilden rechts motivierte Gewaltdelikte den größten Anteil der politisch motivierten Gewaltkriminalität und bewegen sich erstmalig wieder auf dem Niveau des Jahres 2008^[3].

Deutlich mehr rechts motivierte Gewaltdelikte im Land Brandenburg werden von der Opferperspektive e. V. berichtet. Diese bewertet (über die PMK-Daten hinausgehend) auch Straftaten wie Bedrohung, Nötigung und Sachbeschädigung, die sich gegen bestimmte Personengruppen richten, als Gewalttaten. So wurden 2014 insgesamt 92 Gewalttaten erfasst; im Vorjahr waren es 85 Taten^[4].

Die vorliegenden Zahlen verdeutlichen, dass nach wie vor ein hohes Gewaltpotenzial unter den Rechtsextremen besteht: Von den insgesamt 1.125 vom Verfassungsschutz in Brandenburg erfassten Rechtsextremen gelten 390 Personen als gewaltbereit^[2]. Bei ihnen handelt es sich zumeist um ledige Männer im Alter zwischen 15 und 24 Jahren^{[5][6][7][8]}; Frauen sind dagegen nur sehr selten an Gewalttaten beteiligt. Dieser geschlechtsspezifische Unterschied ist jedoch lediglich auf der Verhaltensebene nachweisbar, nicht auf der Einstellungsebene^[9].

Somit stellt sich die Frage, welche Faktoren im Entwicklungsverlauf der Täter sogenannte Risikofaktoren darstellen, die – insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen – eine Hinwendung zum Rechtsextremismus oder sogar die Ausübung von rechts motivierter Gewalt begünstigen.

2 Risikofaktoren im Entwicklungsverlauf rechts motivierter Gewalttäter

Die Identifikation von Risikofaktoren im individuellen Entwicklungsverlauf rechts motivierter Gewalttäter erfolgt anhand von Täterstudien. Die Lebensläufe der rechts motivierten Gewalttäter werden hierbei umfassend analysiert, um den Prozess der Hinwendung zu extremen politischen Überzeugungen – und nach Möglichkeit auch den Prozess der Abwendung – zu rekonstruieren. Aus allen Täterstudien-Ergebnissen geht übereinstimmend hervor, dass es mehrere Einflussfaktoren dafür gibt, warum sich Personen nicht nur zum rechtsextremistischen Gedankengut hinwenden, sondern auch gewaltsam agieren. Es handelt sich demnach um ein komplexes Ursachengeflecht, dem wiederum ein multifaktorieller Entstehungsprozess zugrunde liegt. Im Folgenden werden die wesentlichen Ergebnisse bzw. Risikofaktoren aus den Täterstudien zu verschiedenen Bereichen aufgeführt:

Familiäre Beziehungen

- Neben „Broken-home“-Konstellationen (z. B. Heimaufenthalten)^{[8][7]} weist ebenso ein hoher Anteil der Gewalttäter intakte Familienverhältnisse auf. Bedeutsamer als die Vollständigkeit der Familie ist demnach die vorhandene Beziehungsqualität bzw. das vorliegende Familienklima^[5].
- Ein unsicheres und desorientiertes Bindungsmuster kann zu Orientierungslosigkeit, dissozialem und gewalttätigem Verhalten führen und begünstigt die Hinwendung zu streng organisierten Gruppen^[10].
- (Eigene) Gewalterfahrungen in der Familie begünstigen die Übernahme und Ausübung ähnlicher Verhaltensmuster („Lernen am Modell“)^{[7][11]}.
- Fehlende oder gewalthaltige Kommunikations- und Konfliktbewältigungsstrategien innerhalb der Familie führen dazu, dass soziale Fähigkeiten zur gewaltfreien und konstruktiven Auseinandersetzung in Konfliktsituationen nicht aufgebaut werden^[12].
- Reaktionen des direkten Umfelds (Eltern, Freunde, Schule), welche zunächst durch fehlendes Bewusstsein bzw. Desinteresse oder durch restriktives Verhalten gekennzeichnet sind, rufen Trotzreaktionen bei Jugendlichen und jungen Heranwachsenden hervor (Lust an Provokation, Tabubrüchen) bzw. verstärken die Hinwendung zu rechtsextremen Gruppen^[13].
- Rechtsextremistische Einstellungen von Eltern und Geschwistern sowie die Verharmlosung des Nationalsozialismus durch die Großeltern befördern die Übernahme selbiger Überzeugungen^{[10][13][14]}.

Peergroup

- Der Erstkontakt zur rechtsextremistischen Szene erfolgt zumeist über Bekannte, Freunde oder (ältere) Geschwister^[7].
- Der Wunsch nach Zugehörigkeit und sozialer Anerkennung sowie das Gefühl des Zusammenhalts und der Kameradschaft stehen beim Anschluss an die rechtsextreme Gruppe im Vordergrund. Dies trifft vor allem auf Jugendliche zu, die in anderen Sozialisationsbereichen keine Erfolgserlebnisse haben^[13].
- Das (akzeptierte und teils provozierte) Ausleben von Spaß und Aggressionen – meist gepaart mit einem frühzeitigen und hohen Alkoholkonsum – führen zur Entwicklung einer gemeinsamen Gruppenidentität. In diesem Zusammenhang sorgen gruppenspezifische (Begleit-)Effekte, wie beispielsweise Verantwortungsdiffusion und das Streben nach Anerkennung bzw. die Angst vor Ablehnung durch die Gruppe, für eine erhöhte Gewaltbereitschaft^{[15][16]}.
- Gewalttaten werden oft im alkoholisierten Zustand und aus gruppenspezifischen Prozessen heraus ausgeübt. Zahlreiche Taten sind hierbei geplant oder werden (durch Provokation) absichtlich herbeigeführt^[5].

Schul- und Berufsausbildung

- Rechts motivierte Gewalttäter weisen zumeist eine schulische Desintegration auf (Leistungsschwäche, Schulverweigerung, Verhaltensauffälligkeiten im Umgang mit Lehrern und Mitschülern) und übernehmen seltener die Verantwortung für ihre schulische Entwicklung^{[6][8]}.
- Niedrige und mittlere Schulabschlüsse sind bei Gewalttätern überrepräsentiert, wobei über die Zeit ein leichter Anstieg des Bildungsniveaus der Täter festgestellt werden kann^{[6][7]}.
- Täter mit niedrigeren Schulabschlüssen werden häufiger strarückfällig^[5].
- Gewalttäter haben seltener eine Berufsausbildung bzw. – sofern eine Ausbildung begonnen wurde – meist "einfache" Ausbildungsberufe. Ein überdurchschnittlicher Anteil der Straftäter mit abgeschlossener Berufsausbildung ist arbeitslos^[5].

Delinquenz und Täterkarrieren

- Eine Vielzahl der Täter ist bereits in der Kindheit verhaltensauffällig und zeigt gewalttätiges Verhalten. Zudem finden sich bei einigen Intensivtätern Hinweise auf psychische Belastungen oder Entwicklungsstörungen, zum Beispiel AD(H)S, Legasthenie^{[5][7]}.
- Zudem ist ein Großteil der Straftäter vorbestraft oder weist bereits polizeiliche Vorkenntnisse auf, meist mit Delikten in den Bereichen der Allgemeinen Kriminalität und der Politisch motivierten Kriminalität^[12].

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Hinwendung zum Rechtsextremismus – und hierbei vor allem das Ausüben gewalttätiger Aktivitäten – auf unterschiedliche Faktoren und deren Zusammenspiel zurückzuführen ist. Die Qualität der familiären Beziehung (z. B. fehlende soziale Unterstützung, gewalthaltige Interaktionsdynamiken, mangelnde Kommunikations- und Konfliktbewältigungsstrategien) und die Zugehörigkeit zu rechtsextremen Cliquen stellen ebenso Risikofaktoren dar wie die schulische bzw. berufliche Desintegration und intrapersonale Gefährdungspunkte (z. B. Deprivationsgefühle, ein geringes Selbstwertgefühl, mangelnde Empathiefähigkeit, fehlende Verantwortungsübernahme für sich selbst und für andere). Zudem zählen eine früh auffallende Gewaltaffinität und Delinquenz, ein starker Alkoholkonsum sowie allgemein kriminelles Handeln bereits im Jugendalter zu weiteren Risikofaktoren für späteres rechtsextrem motiviertes Agieren.

3 Beschreibung rechtsextremistischer Gewalttaten: Tatmerkmale im Wandel

Die Charakterisierung rechts motivierter Gewalttaten basierte auf der Auswertung der durch die Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg geführten Gewalttatenliste. In dieser Liste wurden seit dem Jahr 1998 fortlaufend Gewalttaten gegen Personen im Land Brandenburg dokumentiert, bei denen eine rechtsextremistische, fremdenfeindliche oder antisemitische Motivation der Täter im Zuge der Ermittlungen bestätigt wurde. Zu diesen Gewalttaten lagen – soweit bekannt – Informationen zum Tatzeitpunkt (Jahr), Tatort, Tatbestand, zum Stand des Verfahrens, zur Anzahl der Tatbeteiligten, zu den Opfermerkmalen und Tatfolgen der Opfer sowie zum Einsatz von Waffen und zum Konsum von Alkohol vor. Die folgenden Ergebnisse beziehen sich auf die Gewalttaten, die zwischen Januar 1998 und Dezember 2013 registriert wurden.

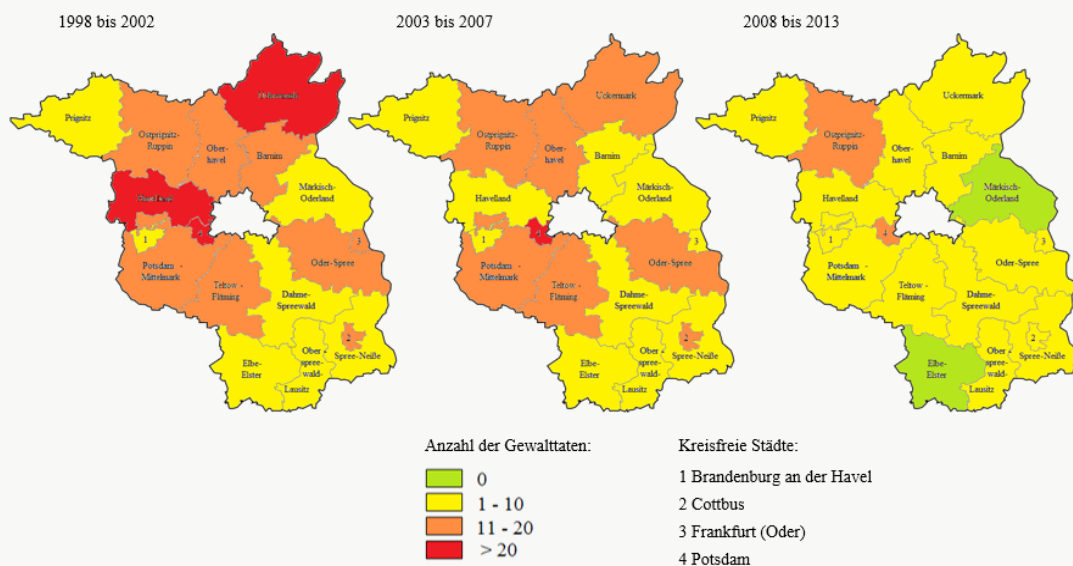
Charakteristik des Tatgeschehens

- Im Zeitraum von 1998 bis 2013 sind insgesamt 520 Taten in der Gewalttatenliste registriert worden, in denen die rechtsextremistische und fremdenfeindliche Motivation des Täters nachgewiesen werden konnte. Für die letzten Jahre konnte ein deutlicher Rückgang der rechts motivierten Gewalttaten in Brandenburg verzeichnet werden.
- Der überwiegende Anteil der rechts motivierten Gewalttaten richtete sich gegen Personen mit Migrationshintergrund: Drei von vier Taten betrafen diese Personengruppe. Ungefähr jede siebente Tat wurde gegen politisch links gerichtete Personen verübt. Bis zum Jahr 2008 gingen die Delikte gegen Personen mit Migrationshintergrund anteilig zurück (Abnahme um 6,9 % seit 1998); ab 2008 zeigte sich allerdings eine erneute Zunahme fremdenfeindlicher Übergriffe.
- Durchschnittlich wurde fast jede zweite Tat von mehr als zwei Tätern verübt (Tätergruppe); jeweils circa ein Fünftel der Taten wurde von einem Täterduo oder einem Einzeltäter begangen. Der Anteil der in Gruppen begangenen Taten nahm in den letzten Jahren ab; der Anteil der von Einzeltätern verübten Übergriffe stieg hingegen an.
- Die Anzahl der Tatbeteiligten hatte einen Einfluss auf die Verletzungsschwere der Opfer: Bei mehr als der Hälfte aller von Einzeltätern verübten Gewalttaten erlitten die Opfer leichte Verletzungen. Demgegenüber traten bei etwa 70 Prozent der Opfer mittlere, schwere bis sehr schwere Tatfolgen auf, wenn die Gewalttat von zwei oder mehr Tätern ausgeführt wurde. Im Zusammenhang mit der Zunahme der Einzeltaten nahm insgesamt das Gewaltmaß der Taten ab.
- Die Abnahme der Verletzungsschwere korrespondiert mit dem Rückgang im „Waffengebrauch“ (z. B. Glasflaschen, hölzerne Gegenstände, Steine): Wurden bis zum Jahr 2002 noch bei fast der Hälfte der Taten Waffen benutzt, so traf dies in den letzten Jahren lediglich auf eine von drei Taten zu. Darüber hinaus ergaben sich auch Änderungen in Bezug auf die Art der Waffen: Es wurden seltener szenetypische Gegenstände (z. B. Stahlkappenschuhe) und häufiger Glasflaschen verwendet.

Neben der Analyse des Tatgeschehens wurde auch eine Auswertung der Tatorte durchgeführt, um Erkenntnisse über die Verteilung von rechts motivierten Gewalthandlungen in Brandenburg zu erlangen.

Charakteristik der Tatorte

- Die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte waren unterschiedlich stark belastet: Die meisten Taten wurden in Potsdam sowie in den beiden Landkreisen Uckermark und Ostprignitz-Ruppin registriert; die wenigsten in den Landkreisen Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster sowie in der kreisfreien Stadt Brandenburg. Der generelle Rückgang rechts motivierter Gewalttaten zwischen 1998 und 2013 fand flächendeckend statt; insbesondere die Belastung der Landkreise Uckermark und Havelland ist stark zurückgegangen. Für den Elbe-Elster-Kreis und Märkisch-Oderland wurden in den letzten Jahren keine rechts motivierten Gewalttaten von der Generalstaatsanwaltschaft registriert.



- Eine Kategorisierung der Tatorte nach Städte- und Gemeindetypen („Großstadt“, „Stadt“ und „Landgemeinde“) machte deutlich, dass zwei von drei Taten in Städten verübt wurden. Darüber hinaus nahm der Anteil der in Landgemeinden verübten rechts motivierten Gewalttaten seit 2002 ab (von 16,0 % auf 6,7 %); entsprechend erhöhte sich der Anteil in Großstädten (von 16,8 % auf 23,6 %). Es lässt sich also der Trend beobachten, dass rechts motivierte Gewalttaten häufiger in Großstädten als in Landgemeinden stattfanden.
- In Großstädten fanden außerdem anteilig mehr Übergriffe auf Personen mit Migrationshintergrund statt. Dabei wurden dort durch die Täter seltener Waffen eingesetzt als in Landgemeinden; weniger schwere Verletzungsfolgen aufseiten der Opfer waren die Folge.

In Bezug auf die Tatmerkmale wurden durch die vorliegenden Ergebnisse spezifische Wandlungsprozesse für Brandenburg belegt: Es konnte ein deutlicher Rückgang der Anzahl der Taten verzeichnet werden und auch der Anteil in Gruppen verübter Taten war rückläufig. Die Verletzungsschwere der Opfer sank; diese Tatsache ist unter anderem auf den Umstand zurückzuführen, dass seltener Waffen genutzt wurden. Übergriffe richteten sich mehrheitlich gegen Personen mit Migrationshintergrund. Mit Blick auf den loklräumlichen Kontext wurde festgestellt, dass sich die Übergriffe zusehends seltener in ländlichen Gemeinden ereigneten und stattdessen häufiger in den Großstädten.

4 Beschreibung rechtsextremistischer Gewalttäter: Tätermerkmale und Täterkarrieren

Die Charakterisierung der rechtsextremistischen Gewalttäter basiert ebenfalls auf der Analyse der Gewalttatenliste und bezog sich auf alle Täter, die bezüglich der dokumentierten Tat rechtskräftig verurteilt wurden. Zu diesen Tätern lagen – soweit bekannt – Informationen zum Alter (zur Tatzeit), zum Geschlecht, zur strafrechtlichen Behandlung, zu den Rechtsfolgen, Vorstrafen und Nachfolgetaten vor.

Charakterisierung der rechts motivierten Gewalttäter

- Im Zeitraum von 1998 bis 2013 wurden insgesamt 952 Täter in der Gewalttatenliste geführt: Die Anzahl der Täter nahm in den letzten Jahren stark ab.
- Nahezu alle rechts motivierten Gewalttäter waren Männer, die im Durchschnitt 21 Jahre alt waren (jüngster Täter: 14 Jahre; ältester Täter: 59 Jahre). Es zeigte sich allerdings in der Altersstruktur der Täter ein Wandel dahingehend, dass diese immer älter wurden: Bis zum Jahr 2002 waren die Täter durchschnittlich 19 Jahre alt; drei von vier Tätern begingen ihre Tat als Jugendliche oder junge Erwachsene. Ab 2008 betrug das Durchschnittsalter bereits 25 Jahre und nur jeder dritte Täter zählte noch zur Gruppe der Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen. Der Anteil der Täter über 25 Jahre hat sich mit 42 Prozent fast verdreifacht.
- Drei von vier Täter waren zum Tatzeitpunkt bereits vorbestraft; nahezu ein Drittel der Täter hatte zwischen drei und fünf Vorstrafen. Hierbei handelte es sich bei zwei Dritteln der Vorstrafen um (mindestens) eine Gewalttat, bei einem Viertel um (mindestens) eine rechtsextrem motivierte Gewalttat und bei einem Fünftel um eine andere rechtsextrem motivierte Tat. Der Anteil vorbestrafter Täter nahm in den letzten Jahren um mehr als 10 Prozent zu.
- Von den vorbestraften Tätern hatten drei von vier eine Bewährungsstrafe erhalten; nur jeder sechste Täter hatte zur Tatzeit (mindestens) eine Freiheitsstrafe verbüßt.
- Zwei von drei Tätern begingen nach der in der Gewalttatenliste erfassten rechts motivierten Gewalttat weitere Taten (teilweise fünf oder mehr). Nur ein Drittel der Täter blieb im Anschluss der Tat straffrei.

Zusammenfassend ausgedrückt konnten hinsichtlich der Tätermerkmale ebenfalls Veränderungsprozesse ausgemacht werden: So nahm die Anzahl der pro Jahr registrierten rechts motivierten Gewalttäter in Brandenburg stark ab. Dagegen gab es eine deutliche Zunahme an älteren und vorbestraften Tätern.

Neben der Analyse der allgemeinen Tätermerkmale wurde eine differenzierte Betrachtung zweier „Tätertypen“ vorgenommen: Hierbei wurden die Täter, die nach der registrierten rechts motivierten Gewalttat straffrei blieben, mit denen verglichen, die rückfällig wurden, um Besonderheiten der Tätermerkmale in Abhängigkeit der unterschiedlichen Täterkarrieren identifizieren zu können.

Täterkarrieren

- Nur ein Drittel der nicht rückfälligen Täter war vorbestraft; bei den rückfälligen Tätern waren es dagegen zwei Drittel. Wurden nur die vorbestraften Täter betrachtet, zeigte sich, dass die rückfälligen Täter im Durchschnitt mehr Vorstufen hatten als die nicht rückfälligen Täter (3,8 vs. 2,6 Vorstrafen). Hierbei wies die Tätergruppe, die sowohl mit rechts motivierten Taten als auch mit Gewalttaten rückfällig wurde, die meisten Vorstrafen auf (4,6 Vorstrafen). Zudem bestand ein positiver Zusammenhang zwischen der Anzahl der Vorstrafen und den Rückfällen der Täter, das heißt, mit zunehmender Vorstrafenanzahl stieg die Rückfallwahrscheinlichkeit.
- Rückfällige Täter waren insgesamt häufiger wegen Gewalttaten, rechtsextrem motivierten Taten bzw. beiden Deliktarten vorbestraft und hatten häufiger Hafterfahrungen als nicht rückfällige Täter.
- Von den insgesamt 445 rückfälligen Tätern verübte mehr als ein Drittel erneut eine Gewalttat oder ein „sonstiges“ Delikt. Etwa jeder sechste Täter trat erneut mit mindestens einer rechtsextrem motivierten Gewalttat in Erscheinung.
- Im Schnitt waren die Täter, die weiterhin sowohl rechtsextrem motivierte Taten als auch Gewalttaten begingen, zum Zeitpunkt der „Gewaltlisten-Tat“ ein Jahr jünger (19,6 Jahre) als die Täter, die im Anschluss straffrei blieben (20,6 Jahre). Etwa die Hälfte von ihnen war zudem aufgrund der verübten Gewalttat in Untersuchungshaft, während dies in der Gruppe der nicht rückfälligen Täter nur auf etwa ein Drittel zutraf.

5 Handlungsempfehlungen für die Präventions- und Interventionsarbeit mit rechts motivierten Gewalttätern

Aus der Charakterisierung der Gewalttäter und aus der Betrachtung ihrer Täterkarrieren lassen sich folgende allgemeine Handlungsempfehlungen für die Interventionspraxis ableiten. Diese dienen als Hilfestellung im Umgang mit rechts motivierten Gewalttätern und geben Anhaltspunkte zur Förderung ihres Resozialisierungsprozesses.

Wie aus den Untersuchungsergebnissen hervorgeht, führten gerichtliche Sanktionsmaßnahmen oftmals nicht zum erwünschten Erfolg: Täter wurden wiederholt – mit teils ähnlichen Delikten – straffällig. Bei diesen Tätern haben die gerichtlichen Sanktionsmaßnahmen anscheinend keine ausreichende Wirkung erzielt, um einen erfolgreichen Resozialisierungsprozess zu fördern. Die verhängten Sanktionen, insbesondere erteilte Auflagen oder zur Bewährung ausgesetzte Strafvollstreckungen, wurden von den Tätern offensichtlich nicht als Chance wahrgenommen bzw. konnten die vorhandenen Risikofaktoren aufseiten der Täter nicht hinreichend kompensieren. Somit müssen neben den gerichtlichen Sanktionen auch weitere, stärker am Lebenswandel und am bisherigen Entwicklungsverlauf der Täter ausgerichtete Maßnahmen zum Einsatz kommen, um die Resozialisierung der Täter zu forcieren. Hierbei ist die aktuelle Lebenssituation der Täter – zum Beispiel deren Einbindung in ein Delinquenz akzeptierendes Netzwerk^[17] beziehungsweise die Nichtbewältigung von Entwicklungsaufgaben – ausschlaggebend für einen Rückfall^[18]. Ein Abbruch der Täterkarriere ist hingegen meist das Ergebnis eines längeren Entwicklungsprozesses, dem Änderungen auf der Einstellungs- und Verhaltensebene zugrunde liegen. Für eine Resozialisierung müssen also sowohl ein Entschluss, den Lebensstil zu verändern, als auch ein diesen Entschluss unterstützendes soziales Umfeld vorhanden sein^[19]. Hieraus ergeben sich konkrete Ansätze zur Interventionsarbeit in den folgenden Bereichen:

Politische Sozialisation

Im Rahmen der Resozialisierung der Täter müssen Interventionen durchgeführt werden, die auf die Veränderungen der politischen Einstellungen und Überzeugungen der Täter abzielen (weg vom rechtsextremistischen Gedankengut, hin zum demokratischen Grundgedanken). Neben der allgemeinen Aufklärungs- und Bildungsarbeit (z. B. thematische Diskussionen) muss der Abbau von Vorurteilen (z. B. durch die Erweiterung des Wissens über „Fremdgruppen“) im Vordergrund von Interventionsmaßnahmen stehen. Hierbei bewirkt eine reine „soziale Ächtung“ rechtsextremistischer Überzeugungen keine Änderung auf der Einstellungsebene; vielmehr müssen systematisch Erfahrungen mit der „Fremdgruppe“ gefördert werden. Dabei kann ein Abbau von Fremdenfeindlichkeit nur in Kontaktsituationen erfolgen, in denen Täter und Personen der „Fremdgruppe“ den gleichen Status haben, kooperativ an einem gemeinsamen Ziel arbeiten müssen und dabei die Möglichkeit haben, sich näher kennenzulernen^[20]. Nur solche Situationen begünstigen Erfahrungen, die den rechtsextremistischen Einstellungsmustern widersprechen und zur Hinterfragung der rechtsextremen Argumentationsstrategien führen. Die „direkte Arbeit mit den Jugendlichen, und zwar in einer Doppelstrategie aus Konfrontation und Teilhabe ist also entscheidend, um Jugendliche zum Umdenken zu bewegen“^[21]. Darüber hinaus müssen Maßnahmen (z. B. Projekte, Initiativen) ergriffen werden, welche das politische Interesse und das politische Verständnis aufseiten der Täter fördern, denn eine zunehmende politische Kompetenz wirkt sich positiv auf die Abnahme rechtsextremistischer Auffassungen aus^[22]. Maßnahmen im Bereich der politischen Sozialisation müssen zudem frühzeitig beginnen (z. B. in der Grundschule), da das Gedankengut bzw. Weltbild von Kindern und Jugendlichen dann noch nicht gefestigt ist. Hierbei ist eine zielgruppengerechte Aufbereitung der zu vermittelnden Inhalte und Maßnahmen entscheidend, um die Akzeptanz zu erhöhen und somit einer Überforderung entgegenzuwirken.

Abbau von gewalttätigem Verhalten und Aufbau von sozialen Kompetenzen

Darüber hinaus sind während des Resozialisierungsprozesses der Täter Maßnahmen einzuleiten, die den Abbau von gewalttätigem Verhalten fördern. So belegen Studien, dass eine Abnahme allgemeiner Gewaltbereitschaft auch zu einer Abnahme rechtsextremistischer Auffassungen führt^[22]. Diese allgemeine Gewaltbereitschaft hängt im schulischen Kontext mit einem überdurchschnittlichen schulischen Gewaltniveau, einer gegenüber Gewalt ignoranten Lehrerschaft und einer geringen Schulmotivation zusammen. Somit müssen Maßnahmen eingeleitet werden, die ein positives bzw. gewaltfreies Schulklima bewirken sowie Lehrer zu einem aktiven und restriktiven Verhalten bei auftretenden Gewaltaktionen befähigen. Zudem hängt eine erhöhte Gewaltbereitschaft mit mangelnden sozialen Kompetenzen in den Bereichen Kommunikation, Konfliktbewältigung, Verantwortungsübernahme und Perspektivwechsel beziehungsweise Empathie zusammen^{[6][7]}. Aus diesem Grund müssen Trainings sozialer Kompetenzen bei gewaltbereiten Jugendlichen forciert werden, um die entsprechenden Defizite zu reduzieren und eine erfolgreiche Persönlichkeitsentwicklung der Jugendlichen zu bewirken. Im außerschulischen Bereich geht Gewalt oftmals mit dem Konsum von Alkohol in gewaltakzeptierenden Gruppen einher. Somit müssen Therapieangebote (z. B. Alkoholentwöhnung) in den Resozialisierungsprozess der Täter integriert werden, um den missbräuchlichen Umgang mit Alkohol zu reduzieren.

Ablösung aus der rechtsextremen (Jugend-)Gruppe und Aufbau eines alternativen sozialen Umfelds

Einen der größten Einflussfaktoren auf die Entwicklung rechtsextremistischer Gewalttäter stellt die rechtsextreme Clique dar. Die soziale Anerkennung und Unterstützung, die im bisherigen Lebensumfeld der Täter meist fehlte, fördern die Übernahme der Gruppenwerte und -überzeugungen, auch um den eigenen Platz innerhalb des sozialen Gruppengefüges zu festigen^[22]. Demnach müssen Interventionen darauf ausgerichtet sein, den Ausstieg des Täters aus der rechtsextremistischen Szene zu unterstützen und zu forcieren. Eine Ablösung aus der rechtsextremen Gruppe wird langfristig allerdings nur Erfolg haben, wenn parallel dazu Maßnahmen eingeleitet werden, die den Aufbau eines neuen sozialen Lebensumfeld unterstützen: Zum einen ist pädagogisches Handeln in der Kommune im Hinblick auf die Schaffung alternativer jugendgemäßer Freizeitangebote gefragt. Zum anderen sind Maßnahmen umzusetzen, welche die Integration in Ausbildung, Beruf und Arbeitsmarkt fördern. Hierbei wirkt sich die „reine“ Integration noch nicht positiv aus; vielmehr muss der Betroffene damit eine positive Zukunftsperspektive verbinden^[6]. Zudem ist die berufliche Integration der Täter bedeutsam, da höhere Schul- und Berufsabschlüsse nachweislich die Rückfallwahrscheinlichkeit senken^[5]. Neben Interventionsmaßnahmen, die eine Ablösung aus rechtsextremen Gruppen fördern, sollten präventive Jugendhilfeangebote (insbesondere für die Altersgruppe der 10- bis 14-Jährigen) geschaffen werden, die im Vorfeld eine Hinwendung zu diesen Gruppen unterbinden. In diesem Alter beginnen sich nicht nur Cliques zu bilden und Strukturen innerhalb einer Gruppe zu festigen, sondern es nimmt auch der familiäre Einfluss ab^[23]. Aus diesem Grund müssen Präventions- und Interventionsmaßnahmen im Bereich „Familie“ bereits im (frühen) Kindesalter angesiedelt werden; sie sollten sich schwerpunktmäßig auf die Vermeidung bzw. Verringerung von elterlicher Restriktion und Vernachlässigung beziehen^[22].

Literatur

- [1]
Bundesministerium des Innern (Hrsg.). (1999). *Verfassungsschutzbericht 1998*. Verfügbar unter: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/nichtinListe/1999/Verfassungsschutzbericht_1998_Id_7295_de.pdf?__blob=publicationFile [24.04.2015]
- [2]
Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hrsg.). (2014). *Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2013*. Verfügbar unter: http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/VSB_2013.pdf [24.04.2015]
- [3]
Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK). (2014). *Politisch motivierte Kriminalität gestiegen*. Verfügbar unter: http://www.mik.brandenburg.de/media_fast/4055/PM_014_Pressekonferenz_PMK.pdf [24.04.2015]
- [4]
Opferperspektive e. V. (2014). Verfügbar unter: <http://www.opferperspektive.de/> [23.03.2015]
- [5]
Backes, U., Haase, A.-M., Logvinov, M., Mletzko, M. & Stoye, J. (2014). *Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen*. V&R unipress. Verfügbar unter: http://www.lpr.sachsen.de/download/landespraeventionsrat/Backes_et_al_rechte-Mehrfach-Intensivtaeter_HAIT.pdf [23.03.2015]
- [6]
Kopp, A. & Betz, M. (2007). *Abschlussbericht zum Projekt „Analyse der Entwicklungsverläufe von jugendlichen Gewalttätern mit rechtsextremer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Tatmotivation und Schlussfolgerungen für die Optimierung von Präventions- und Interventionsmaßnahmen*. Verfügbar unter: <http://www.mdj.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/Abschlussbericht%20IFK%20Studie.pdf> [23.03.2015]
- [7]
Wahl, K. (Hrsg.). (2001). *Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern*. Schweinfurt: Schunk Druck- und Verlags-GmbH.
- [8]
Willems, H. (1993). *Fremdenfeindliche Gewalt*. Opladen: Leske + Budrich.
- [9]
Zick, A. & Klein, A. (2014). Rechtsextreme Einstellungen in einer fragilen Mitte. In: R. Melzer (Hrsg.), *Feindselige Zustände, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014* (S. 32-60). Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.
- [10]
Hopf, C., Rieker, P., Sanden-Marcus, M. & Schmidt, C. (1995). *Familie und Rechtsextremismus. Familiäre Sozialisation und rechtsextreme Orientierung bei jungen Männern*. Weinheim: Juventa.
- [11]
Burkert, M. (2012). Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit. In: D. Sturzbecher, A. Kleeberg-Niepage & L. Hoffmann (Hrsg.), *Aufschwung Ost? Lebenssituationen und Wertorientierungen ostdeutscher Jugendlicher* (S. 169-188). Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

[12]

Lützinger, S. (2010). *Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen*. Köln: Luchterhand.

[13]

Rommelpacher, B. (2006). „Der Hass hat uns geeint“. *Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene*. Frankfurt a. M.: Campus.

[14]

Köttig, M. (2004). *Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen: biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik*. Gießen: Psychosozial-Verlag.

[15]

Kleeberg-Niepage, A. (2012). *Rechtsextremismus bei Jugendlichen und Lebensläufe rechtsextremistischer Gewaltstraftäter*. Unveröffentlichter Forschungsbericht, Ministerium des Innern des Landes Brandenburg.

[16]

Baier, D., Pfeiffer, Ch., Simonson, J. & Rabold, S. (2009). *Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN*. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.

[17]

Heinz, W. (1990). Mehrfach Auffällige - Mehrfach Betroffene. Erlebnisweisen und Reaktionsformen. In DVJJ (Hrsg.), *Mehrfach Auffällige - Mehrfach Betroffene. Erlebnisweisen und Reaktionsformen. Dokumentation des 21. Deutschen Jugendgerichtstages vom 30.09. bis 04.10.1989 in Göttingen*, (S. 30-73). Bonn: Forum

[18]

Spieß, G. (1986). Soziale Integration und Bewährungserfolg: Aspekte der Situation nach Haftentlassung und ihre Bedeutung für die Legalbewährung. In H. Kury (Hrsg.), *Prognose und Behandlung bei jungen Rechtsbrechern. Ergebnisse eines Forschungsprojekts* (S. 511-579). Freiburg: Eigenverlag

[19]

Stelly, W. & Thomas, J. (2002). *Wege aus schwerer Jugendkriminalität. Ausgewählte Ergebnisse*. Verfügbar unter: <http://www.ifk.jura.uni-tuebingen.de/projekte/beendet/desister/Forschung/forschung%20-%20zentralerge1.pdf> [Juni 2015]

[20]

Dollase, R. (2001). Fremdenfeindlichkeit verschwindet im Kontakt von Mensch zu Mensch. Zur Reichweite der Kontakthypothese. *DISKURS : Studien zu Kindheit, Jugend, Familie und Gesellschaft, H. 2 Bunte Gesellsch- braune Gewalt, Jg. 11, S. 16-21*.

[21]

Thomsen, J. & Szymanski, M. (2001). Der neue Rechtsextremismus ist ein West-Ost-Produkt. *Berliner Zeitung*.

[22]

Landua, D., Harych, P. & Schutter, S. (2002). Politische Einstellungen, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus. In D. Sturzbecher (Hrsg.), *Jugendtrends in Ostdeutschland: Bildung, Freizeit, Politik, Risiken* (S. 39-63). Opladen: Leske + Budrich.

[23]

Wahl, K. & Tramitz, C. (2000). New Look in der Sozialforschung. Fremdenfeindlichkeit: Die tiefen Wurzeln extremer Emotionen. *DJI- Bulletin, 51, 52, 8-13*.